

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 3 (1935-1936)
Heft: 10

Artikel: Der japanische Faschismus
Autor: Gantenbein, Margit
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-759277>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der japanische Faschismus

von Margit Gantenbein, Tokio

I.

Japan befindet sich in einer tiefgehenden staatlichen Krise. Ihr Verlauf wird nicht nur für die Zukunft des Landes selbst, sondern auch für den Weltfrieden den Ausschlag geben.

Diese Krise hat alle Kennzeichen eines Kampfes zwischen den Ideen des parlamentarischen Konstitutionalismus und denen der faschistischen Diktatur. Aber solche westlichen Begriffe, auf die japanische Wirklichkeit übertragen, lassen deren einzigartige Besonderheiten so sehr außer Betracht, daß sie nur zu einer ersten, oberflächlichen Charakterisierung der aufwühlenden Entwicklungen in Japan herangezogen werden können.

Der heutige innerpolitische Kampf in Japan ist, wie seine Jahrtausende alte Geschichte, außerordentlich verworren. Er spielt sich hauptsächlich hinter den Kulissen des öffentlichen Lebens und unter geringer bewußter Anteilnahme des Volkes ab; und zwar keineswegs zwischen zwei scharf voneinander getrennten, großen Lagern, sondern zwischen einer Unzahl von Gruppen, Untergruppen und Personen, deren Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Idee in einer Weise schwankt, die nur auf dem Hintergrunde uralter, feudaler Intrigen-Tradition ganz begreiflich wird.

«Meiji-Restauration» und «Showa»-Restauration — das sind die beiden Pole, zwischen denen der heutige innerpolitische Kampf in Japan stattfindet.

Meiji-Restauration bezeichnet jene wirkliche Erneuerung des japanischen Staates im Jahre 1868, die nach dem Herrschaftsnamen der damaligen Kaiserlichen Ära (Meiji = Erleuchtete Regierung) benannt wurde. Sie schloß die feudalistische Periode der japanischen Geschichte ab und setzte das Kaiserhaus wieder in die Rechte ein, die eine fast tausendjährige Herrschaft einander folgender Usurpatoren-Familien ihm genommen hatte. Sie führte gleichzeitig den parlamentarischen Halbkonstitutionalismus nach westlichen Vorbildern (vor allem Bismarckischen) ein, um dem Staate eine dauerhafte Struktur und die Garantie fortschrittlicher Entwicklung zu geben. Aber die idealistischen Ziele der Meiji-Restauration sind bis heute bei weitem

noch nicht erreicht, geschweige denn durch den gewaltigen materiellen Aufstieg des Landes «überholt» worden.

Showa-Restauration dagegen bezeichnet jene zukünftige, abermalige Staatserneuerung, die deren Vorkämpfer unter der Ära des heute herrschenden Enkels jenes großen Reformkaisers (Showa = Erleuchteter Friede) durchzuführen beabsichtigen. Sie soll die bisherige «un-japanische», liberalistische Periode abschließen und den Kaiser wieder von «parlamentarischen und mammonistischen Usurpatorenmächten» befreien. Sie soll den Modernismus und Individualismus westlicher Herkunft überwinden und an die mehr als tausend Jahre zurückliegenden Zeiten des vor-feudalistischen, halb legendären «echten Nipponismus» (Nippon = Japan) anknüpfen, um auf diese Weise die «Degeneration und den Untergang Japans» in sozialen Nöten und in Klassenkämpfen zu verhindern, und um seinen außenpolitischen Vormarsch von allen Hemmungen finanzpolitischer und diplomatischer, parlamentarischer, unheroischer und damit unjapanischer Art zu befreien.

Die Gegensätze, die von diesen beiden ideologischen Polen aus heute so besonders stark zusammenprallen, sind Japan im Grunde nicht neu. Sie waren, in einer primitiveren Form, bereits zu der Zeit vorhanden, als die Reichserneuerung unter dem Kaiser Meiji erfolgte. Damals traten sie in Erscheinung als: «Fortschritt» gegen «Reaktion»; «Liberalismus» gegen «Autokratie»; «moderne Erziehung des Volkes unter westlichem Einfluß» gegen «Alleinherrschaft der altjapanischen Traditionen»; und schließlich als «rückhaltlose Einordnung Japans in den Mechanismus der Weltpolitik und Weltwirtschaft» gegen «Wiederabschließung des Landes der Götter von den Barbarenvölkern, sobald Japan erst einmal technisch genügend von ihnen gelernt haben würde».

Immer wieder gingen die Fanatiker der Reaktion gegen die entschlossenen Vorkämpfer des Fortschritts mit Terror und Mord vor, und viele bedeutende Staatsmänner wurden ihre Opfer. Immer wieder folgte einer Welle des Fortschrittes eine Welle der Reaktion. Und da diese Gegensätze in den Persönlichkeiten der meisten modernen Japaner selbst, und aller ihrer politischen Organisationen, in merkwürdiger Unentschiedenheit nebeneinander bestehen blieben, so wurden im großen wie im kleinen immer wieder zwischen Fortschritt und Reaktion jene merkwürdigen Kompromisse geschlossen, aus denen die Besonderheit Japans in erster Linie besteht.

II.

Die ultrapatriotische Reaktion ist heute ein wesentlicher Bestandteil dessen, was man den japanischen Faschismus zu nennen pflegt. Ihre Methode ist, entsprechend uralter japanischer Tradition, die der direkten Tat.

Der jüngste Fall einer ultrapatriotischen Verschwörung zur Herbeiführung der «Showa-Restauration», den die japanische Zensur mit zweijähriger Verspätung im September 1935 gelegentlich des Beginnes seiner gerichtlichen Behandlung enthüllte, gibt ein besseres Bild von der Zusammensetzung, von den Gedankengängen und den Methoden dieser Kreise, als alle abstrakten Schilderungen es könnten. Es ist ein typischer Fall, wie er jeden Tag wieder vorkommen kann, und wie er sich unterdessen in etwas kleinerem Maßstabe bereits mehrmals wiederholt hat.

Damals, im Jahre 1933, hatten in Tokyo die jungen Kadetten und Offiziere der «Blutsbrüderschaft» vor Gericht gestanden, die, nach mehreren anderen politischen Morden, am 15. Mai 1932 den Ministerpräsidenten Inukai getötet und einen Staatsstreich versucht hatten. Zwar war es ihnen tatsächlich gelungen, den Parteiregierungen in Japan bis auf weiteres ein Ende zu setzen; zwar waren sie mit geringen Gefängnisstrafen davongekommen, die zum Teil unterdessen bereits erlassen wurden; zwar hatten sie als gefeierte Helden vor Gericht gestanden, und voller Pathos die Rolle der Ankläger gegen das «unpatriotische, unsoziale und korrupte» Parlamentsregime spielen dürfen; aber die wirkliche Showa-Revolution war dennoch mißlungen, trotz aller bereitstehenden Mächte, die den Alarmschüssen ein wenig später wahrscheinlich begeistert gefolgt wären.

Einige Gesinnungsgenossen schworen damals Rache und Übernahme der unerfüllten Aufgaben. Eine neue Gruppe sammelte sich: die «Gottgesandten Truppen». Sie ist es, die heute vor Gericht steht. Zu ihren Führern gehörten in erster Linie: ein Advokat, ein Oberstleutnant der Armee und ein Korvettenkapitän der Marine-Fliegerabteilung. Die Finanzierung ihres Planes erfolgte durch den Direktor eines der größten Warenhäuser Tokyos. Unter den übrigen 60 Anführern, die eine Gefolgschaft unbekannten Umfanges aus allen Teilen Japans für den Tag ihres Staatsstreiches nach Tokyo beordert hatten, waren zahlreiche Sekretäre verschiedener patriotischer Gesellschaften, Journalisten, Angestellte und Studenten; aber kein einziger Bauer,

und nur je ein Arbeiter und ein Fischer. Der Fliegeroffizier sollte mit einem Marineflugzeug das Haus des Ministerpräsidenten während einer Kabinettsitzung bombardieren. Er sollte dann die Polizeidirektion zerstören, und damit den «Landtruppen» das Signal zum Angriff auf lebenswichtige Zentren der Hauptstadt, zur Ermordung einer großen Anzahl von führenden Staatsmännern, Parteipolitikern und Finanzleuten, und zu zahlreichen Brandstiftungen geben. Tokyo sollte in ein Chaos verwandelt werden. Wenn dann der Belagerungszustand erklärt werden würde, so meinten die Attentäter, so wäre zunächst einmal die Militärherrschaft gesichert gewesen, die sie grundsätzlich anstrebten. Daraufhin sollte dem Kaiser eine Petition unterbreitet werden, um eine «wirklich nationale und soziale» Regierung zu bilden, und um dem uralten Geiste Japans, der «durch Individualismus, Materialismus und Liberalismus seit der Meiji-Restauration geschändet» worden sei, zur Durchsetzung zu verhelfen.

Daß dieses Attentat im letzten Augenblick verhindert wurde, spricht weniger für die Stabilität des heutigen Staates, als für die Zersplitterung, die in der ultrapatriotischen Führerschaft herrscht, und die sich damals darin ausdrückte, daß der Plan aus den eigenen Reihen dieser Gruppe verraten wurde.

Die mehr als 250 patriotischen Verbände Japans, die zum Teil eine geheime Existenz führen, haben zwar heute hunderttausende von einigermaßen aktiven, Millionen von inaktiven Mitgliedern; mit ihnen sympathisieren zwar die Millionenorganisationen der Reservisten- und der Jungmänner-Verbände und erhebliche Teile des Heeres und der Flotte, und ihr Einfluß auf die Presse ist durch häufige Attentate auf Zeitungsleute und fortdauernde Einschüchterungsaktionen bei allen Redaktionen so groß, daß nur wenig Kritik an ihnen gewagt, aber unbegreiflich vieles für die Verbreitung ihrer romantisch-revolutionären Gedanken getan wird; aber trotz alledem erwiesen diese Verbände sich bisher noch stets als zu schwach, wenn es sich um die entscheidende Tat handelte. Denn noch immer mangelte es ihnen an fester Organisation und zentraler Führerschaft. Sie sind zerrissen von persönlichem Ehrgeiz und unpraktischem Mystizismus ihrer Führer, zersetzt von betrügerischen Elementen, und sie werden hin- und hergezerrt von den widerstrebenden Gruppen politischer Parteien, von denen des Heeres und der Flotte, der Bürokratie und der Geschäftswelt, die sich ihrer oft genug zu bedienen oder durch Unterstützung zu erwehren suchen. So sind sie bisher noch nicht mehr als

eine gewaltige potentielle Kraft in den Händen eines großen zukünftigen Organisators; oder in den Händen einer Gruppe von zukünftigen Attentätern, die mit ihrem Handstreich genügenden augenblicklichen Erfolg hätte, um dem Anmarsch dieser ungeheuren faschistischen Reservearmeen Zeit zu geben; oder etwa in den Händen des Militärs — wenn entweder dessen «nationalsozialistischer» Flügel einmal die Macht im Staate an sich reißen sollte; oder schließlich, wenn die offizielle Leitung des Militärs den Zeitpunkt einmal für gekommen hielte, ohne die Hilfe ziviler Machtgruppen offen die Herrschaft anzutreten und sich dabei auf eine Volksbewegung zu stützen.

Vor allem aber leidet die innerpolitische Schlagkraft dieser Organisationen daran, daß sie noch immer vorwiegend auf außenpolitische Ambitionen eingestellt sind. Ihr gemeinsamer, legendärer, «übermenschlicher» Held, der 80jährige *M i t s u r u T o y a m a*, der Gründer der ältesten und wichtigsten dieser Organisationen, ist so sehr Fanatiker der äußeren Machterweiterung des Landes, daß er rein innerpolitischen Problemen kaum Interesse entgegenbringt. In auswärtigen Dingen von Bedeutung sind diesem «Faschisten der japanischen Außenpolitik» die Staatsmänner entweder stets willfährig gewesen, oder — sie wurden von Patrioten getötet. Und da noch alle demokratischen und «linken» Bewegungen in Japan durch die jeweilige Regierung erfolgreich unterdrückt worden sind, so blieb bisher Toyama und den vielfach mit ihm nur lose verknüpften Scharen jede Notwendigkeit der Gegenaktion in rein innerpolitischen Angelegenheiten erspart. Doch Toyama, seine Organisationen und seine Ideologie werden für die eventuelle Weiterentwicklung des «innerpolitischen» Faschismus von Bedeutung werden, falls die Unzufriedenheit der Massen und die Ungeduld ihrer faschistischen Exponenten weiter wächst und Aktionen erfordert.

Dieser bedeutungsvolle, im Ausland kaum bekannte Mann, der in geheimnisvoller Zurückgezogenheit als Hoherpriester eines religiösen Patriotismus lebt, wird am besten durch einige Zitate aus einer Sonderbeilage der «Japan Times» (26. Juni 1932), gelegentlich seines 78jährigen Geburtstages charakterisiert. Dort feierten ihn seine Freunde in folgender Weise: «Es gibt keinen so mächtigen Zivilisten in anderen Ländern». (So schrieb Außenminister Hirota, der früher selbst Toyamas Gesellschaft des «Schwarzen Drachens» angehörte) ... «Es gab wohl kaum irgendwelche ernstesten Angelegenheiten in unserer modernen Geschichte, in denen Toyama nicht eine wichtige und entschei-

dende Rolle gespielt hätte». (So schrieb Verkehrsminister Mochizuki) . . . » Ich war oft der Gefahr handgreiflicher Gewalt durch seine Anhänger ausgesetzt, weil ich mit ihm in lebenswichtigen nationalen Problemen nicht übereinstimmte» . . . » Toyama hat eine einzigartige Stellung in unserem Staate» (so schrieb einer der führenden Journalisten Japans, I. Tokutomi) . . . » Er widmete seine Bemühungen der großen Aufgabe, Wache über den Aktionen der Staatsmänner zu halten». (Finanzminister Takahashi) . . . » Es war eine Gruppe junger Männer unter seiner Führung, die die Agitation in Korea begann, die später zum Kriege mit China führte . . . Toyama und seine Freunde gründeten 1904 eine Gesellschaft patriotischer Bürger, um die Regierung aufzufordern, Rußland den Krieg zu erklären». (K. Yuigahama). — Auch Toyama selbst schreibt auf diesen Seiten: «Die Welt hat noch nicht das Stadium erreicht, in dem Vernunft herrschen kann. Der letzte Schiedsrichter ist noch die Gewalt. Wer die Schlacht gewinnt, wird Meister sein . . . Japan ist das beste Land der Welt». So spricht Toyama zur Jugend. «Keine Macht kann den Marsch unserer Zivilisation gegen Westen aufhalten . . . Chinas und Japans Verhältnis muß ein gegenseitiges sein. Was wesentlich für Japan ist, muß China ihm geben, bevor es danach gefragt wird. Japan aber muß China helfen, soweit es kann . . . Ich glaube, wenn wir entsprechend unserer nationalen Moral handeln, die die höchste der Welt ist, so helfen wir mit an der Schaffung des Weltfriedens». So spricht er zur Welt.

III.

Auf einer höheren Ebene spielt sich der Kampf um die japanische Verfassung ab, der ebenfalls gegen den Liberalismus gerichtet ist, und der neuerdings wieder einen akuten Charakter angenommen hat. Hier ist das Militär — Heer und Flotte — der Angreifer.

Auch hier gibt der jüngste Vorfall, der bei der Abfassung dieses Aufsatzes zwar noch nicht ganz abgeschlossen, aber doch schon zugunsten des Militärs entschieden war, einen besseren Einblick in den Charakter des Kampfes, als bloße theoretische Schilderungen es vermögen.

Gegen Ende des Jahres 1934 wurde der würdige, 72jährige Führer der liberalen Schule des japanischen Verfassungsrechts, Dr. T a t - s u k i c h i M i n o b e , Professor der Kaiserlichen Universität in Tokyo, im Parlament, dem er als vom Kaiser erwähltes lebensläng-

liches Oberhausmitglied angehört, von einem General außer Diensten ein «Gelehrten-Bandit» genannt. Er sei, so hieß es in der Kampagne, die seitdem gegen Dr. Minobe tobt, und die seit dreiviertel Jahren das innerpolitische Leben Japans vollkommen beherrscht, der Majestätsbeleidigung und der Schändung der japanischen Ehre schuldig. Seine Verfassungstheorie müßte mit Stumpf und Stiel ausgerottet, seine Bücher müßten verboten, seine Lehren geächtet werden, so sagten die offiziellen Vertreter des Militärs. Der Greis, der einst von Seiner Majestät in den Palast eingeladen wurde, um ihm Privatvorlesungen über die Verfassung zu halten, der anerkannte Führer der bisher herrschenden Verfassungsinterpretation, der drei Viertel aller heute aktiven Staatsmänner und Beamten zu seinen Schülern und (heute allerdings stummen) Anhängern zählt, der seit 30 Jahren unangefochten die gleiche Theorie vertritt und lehrt, wurde monatelang von der Staatsanwaltschaft verhört, seine Wohnung mußte von einem großen Aufgebot von Polizei Tag und Nacht gegen ultrapatriotische Attentäter bewacht werden. Seine Bücher wurden unterdrückt und «gereinigt», sein Rücktritt aus dem Herrenhaus wurde erzwungen. Und während seine fanatischen Gegner, die fast sämtlich offen Unkenntnis des Verfassungsrechtes bekennen, pathetisch seine exemplarische Bestrafung verlangen, hat die Regierung schließlich im August 1935 — noch immer vergeblich — versucht, die Angelegenheit durch folgende Kabinettsklärung beizulegen:

«Die nationale Staatsgemeinschaft unserer Nation wurde offenbart in dem Befehl, den die Sonnengöttin Amaterasu-O-Mikami ihrem Kaiserlichen Enkelsohn gab, als sie ihn auf die Erde sandte; daß nämlich das Land für ewige Zeiten von einer ununterbrochenen Linie von Kaisern beherrscht und regiert werden solle. In dem Kaiserlichen Edikt, das der Kaiser Meiji erließ, als er Japan die Verfassung gewährte, hat Seine Majestät deutlich erklärt: «Wir haben die staatlichen Souveränitätsrechte von Unseren Ahnen geerbt, und Wir werden sie unseren Nachkommen übermachen.» Im Artikel I der Verfassung hat Seine Majestät ebenfalls deutlich erklärt, daß «das Kaiserreich Japan für ewige Zeiten von einer ununterbrochenen Linie von Kaisern beherrscht und regiert werden soll». Es ist daher klar, daß die Souveränität absolut beim Kaiser liegt. Falls es Theorien gibt, die behaupten, daß die Souveränität nicht des Kaisers sei, und daß der Kaiser als ein Organ zum Zwecke der Ausübung dieser Macht zu betrachten sei, so laufen sie den Grundprinzipien der nationalen Struk-

tur absolut zuwider. Es ist bedauerlich, daß akademische Theorien in Verbindung mit diesen Grundprinzipien zur Erörterung gekommen sind. Daher legt die Regierung Nachdruck auf die Klärung des Charakters der nationalen Struktur und erhofft davon die Erhöhung des nationalen Ruhmes. Die Regierung wünscht die Mitarbeit aller Kreise in dieser Beziehung».

So weit — und nur so weit reicht in Japan bei schärfster Zensur die breite öffentliche Diskussion des Problems — erweckt der Streit um die «Minobe-Theorie» den Eindruck eines staatsreligiösen Dogmenkampfes ohne andere Konsequenzen als etwa solche größerer oder geringerer patriotischer Glaubensintensität. Dieser religiöse Charakter ist denn der Angelegenheit auch bewußt gegeben worden, und während der Schöpfer der im Jahre 1889 verkündeten Verfassung, Fürst Ito, dem aufklärerischen Zuge der damaligen Zeit folgend, bewußt den uralten Glaubenssatz aus der Verfassung fortließ, nach der Japan von der Sonnengöttin geschaffen und ihrem Enkelsohn zur Herrschaft übergeben wurde — während dieser bedeutende Vollstrecker der «Meiji-Restauration» sich damit begnügte, den Kaiser «heilig und unantastbar» zu nennen, hat die heutige Regierung, unter dem Druck des Militärs und des Ultrapatriotismus, wieder auf legendäre Urzeiten zurückgegriffen. Aber hinter dem Religiösen, dessen Kritik dem Fremden nicht ansteht, liegt das patriotische Kampfobjekt: Die Kontrolle des Kabinetts.

Der Kaiser kann nach dem Sinne der Verfassung sowie nach der Tradition Japans «nichts Unrechtes tun». Er kann also für nichts verantwortlich sein, was in seinem Namen geschieht. Die Verfassung verpflichtet das Kabinett demnach auch, dem Kaiser zwar «Rat zu geben und alle Regierungshandlungen im Namen des Kaisers vorzunehmen, aber selbst die volle Verantwortung für jegliche Handlung des Kaisers zu tragen». Die Verfassung erwähnt jedoch weder, wem gegenüber wiederum das Kabinett verantwortlich ist — vom Parlament ist es nämlich so gut wie unabhängig — noch, welche Personen oder Institutionen die Verantwortlichkeit des Kabinetts zu prüfen haben; noch, wo die Verantwortung für die Berufung und Entlassung der Kabinettsminister liegt. Denn auch der Kronrat, der in gewisser Beziehung zwischen Thron und Kabinett steht, hat verfassungsmäßig nur ratgeberische Funktion.

Diese Lücken sind vom Fürsten Ito bei der Ausarbeitung der Verfassung absichtlich gelassen worden. Seine Gegner sagen, daß er

sie brauchte, um sie mit seiner eigenen mächtigen Person auszufüllen und so unbestritten den Staat zu beherrschen. Seine Freunde dagegen — die ihm offenbar eher gerecht werden — betrachten diese Unterlassung als das bewußt gewählte Mittel, den allmählichen Übergang Japans zum arbeitsfähigen Parlamentarismus zu ermöglichen. Denn im vorigen Jahrhundert war in dem eben oberflächlich vom Feudalismus befreiten Staate noch kein rein parlamentarisches System denkbar gewesen. Jede Voraussetzung auch nur der Mitherrschaft des Volkes hatte gefehlt. Das Parlament konnte nur gewissermaßen als ein Seminar des Parlamentarismus geschaffen werden, man hegte dabei die Hoffnung, daß die Entwicklungsmöglichkeiten, die die Verfassung ihm gab, in der Praxis (die in Japan stets so viel wichtiger ist als die Theorie) einmal von ihm ausgenutzt werden würden. So wurde die Kontrolle der Kabinette damals noch nicht den beiden «Häusern» übergeben, und der Kaiser Meiji übertrug sie — wieder nur in der Praxis, denn in der Verfassung ist diese Instanz nicht vorgesehen — seinen engsten Mitarbeitern an der Staatserneuerung bis auf weiteres zu treuen Händen. Diese wenigen «Älteren Staatsmänner» (oder Genro), die aus den verdientesten Bürokraten und Militärs der Epoche, selbst ehemaligen Ministerpräsidenten, bestanden, und die Fürst Ito bis zu seiner Ermordung beherrschte, wurden zu den Schöpfern und Vernichtern und zu den obersten Kontrolleuren der Kabinette. Heute lebt nur noch der letzte dieser Genro, Fürst Saionyi, der alte, hochkultivierte Liberale tiefer französischer Bildung, der trotz seiner 85 Jahre in der Abgeschlossenheit seines Landhauses noch immer der mächtigste Zivile, und daher das Hauptobjekt ultrapatriotischer Verschwörungen ist. Er hat — als Führer der Seiyukai-Partei — die Zeiten erlebt, in denen das Parlament reif zu werden schien, die Kontrolle des Kabinetts aus den Händen des aussterbenden Genro-Amtes zu übernehmen. Aber er erlebte auch die schnelle Degeneration des jungen Parlamentarismus, und er erlebt heute den machtvollen Vorstoß des Militärs, das schon seit Ito's Zeiten immer mehr in die entscheidende Lücke der Verfassung nachgestoßen war, und das sie jetzt endgültig gegen die Anwärterchaft des Lordsiegelbewahrers und des Kronrats sowie gegen jeden späteren Anspruch eines eventuell einmal rehabilitierten Parlaments besetzen will.

Um den Zusammenhang dieses Machtkampfes mit dem Minobe-Streit klar zu machen, braucht nur noch erwähnt zu werden, daß es Minobe war, der auf die Verfassungs-Lücke am energischsten hin-

gewiesen hat, und daß es die Anhänger seiner Theorie in der nächsten Umgebung des Hofes sind (vor allem der ebenfalls bedrohte Baron Ikki, Präsident des Kronrates), die sie weiter als Treuhänder ausfüllen wollen, um dem Parlament noch einmal eine Gelegenheit zur Rettung des Konstitutionalismus zu geben. Demgegenüber hat das Militär (Heer und Flotte) jetzt für sich das alleinige Recht der Verfassungsinterpretation erkämpft. Es legt die Verfassung als die einer absoluten Monarchie aus, die ihm, und ihm allein die tatsächliche Macht im Staate geben soll. So ist gegen die halbvollendete «Meiji-Restauration» der Todesstoß geführt und der Showa-Restauration auf friedliche Weise der Weg geebnet worden.

IV.

Die dritte Front des Kampfes um den «Faschismus» verläuft in der Sphäre der unmittelbaren Regierungsinteressen der Bürokratie, der Wirtschaftsmächte und des Parlaments. Hier handelt es sich weniger um einen Kampf um Ideale, als um den Tageskampf, um den Anteil an jener beschränkten politischen Macht, die das Militär den zivilen Gruppen jeweils noch läßt. Hier ist der Schauplatz der verwirrenden Kompromisse, der wechselnden und einander widersprechenden Kreuz- und Querverbindungen, die die Beurteilung politischer Entwicklungen in Japan so schwer macht. Denn jede dieser drei Mächte — ebenso wie das Militär selbst — ist in sich gespalten, und jede Untergruppe sucht durch Ausnützung der Schwächen im anderen Lager seinen Einfluß zu erhalten und zu vergrößern.

Die Bürokratie, die einst zum Vormund des restaurierten Staates eingesetzt wurde, hat seit der Ermordung des letzten Partei-Premiers Inukai wieder die äußere Macht im Kabinett. Aber in dem Maße, in dem die innere und wirkliche Macht ihr vom Militär streitig gemacht wird, wächst in ihren eigenen Reihen die Spaltung; in Gruppen, die den Kampf gegen das Militär im Namen des «Genro», im Namen einer einigermaßen soliden Finanzpolitik und in demjenigen des Geistes der Meiji-Restauration so weit wie möglich weiterführen (die zum Beispiel Minobe jedenfalls vor dem Gefängnis bewahren und Baron Ikki, den Präsidenten des Kronrats, trotz seiner Anhängerschaft zur Minobe-Theorie nicht zum Rücktritt zwingen wollten), und in Gruppen, die immer mehr zu Parteigängern des Militärs und der «Showa-Restauration» werden. Ein typischer Vertreter der letzteren

Richtung ist Y o s u k e M a t s u o k a , der von manchen als der kommende Mann des japanischen Faschismus betrachtet wird. Er ist der Welt bekannt als Japans Genfer Vertreter in der großen Diskussion des «mandschurischen Zwischenfalles». Als dieser ehemalige Diplomat auf Betreiben des Militärs im Sommer 1935, nach dem «nordchinesischen Zwischenfall» den wichtigen Posten des Präsidenten der Südmandschurischen Eisenbahn erhielt — jener monopolistischen Pioniergesellschaft Japans auf dem asiatischen Kontinent, deren Präsidenschaft praktisch den Rang eines führenden Kabinettsministers hat — gab er vor der «Liga für die Auflösung der politischen Parteien», die seine eigene Gründung ist, folgende bezeichnende Erklärungen ab:

«Ich habe die Präsidenschaft der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft mit dem festen Entschluß übernommen, auf dem asiatischen Kontinent aktiv zu werden . . . Das letzte Ziel meiner Liga ist, etwas zu schaffen, was die sogenannte «Showa-Restauration» durchsetzen wird. . . . Die Zeit wird kommen, in der der Ruf «Auflösung der politischen Parteien!» die Showa-Restauration herbeiführen wird. Wegen der Aktivität der Sowjetunion und der in China herrschenden Lage, wird Japan Operationen in Nordchina beginnen. Die meisten Leute in Japan verstehen nicht ganz die große Bedeutung dieser zukünftigen Operationen, und ihr Mangel an Einsicht wird zweifellos eine wirklich ernste Krise in der Nation hervorrufen. Aber wie ernst diese Krise auch werden mag, Japan kann seine nordchinesischen Operationen nicht einstellen. Der Pfeil ist bereits abgeschossen, und der Fortgang dieser Operationen wird das Schicksal der Yamatorasse, ihren Aufstieg oder Fall in der Welt entscheiden. Um sie durchzuführen, ist eine innere Restauration unvermeidlich.»

Innerhalb der großen Wirtschaftsmächte hat mit wachsenden Rüstungsaufträgen die Hinneigung zum Militär zugenommen. Die politischen Parteien sind so sehr geschwächt, daß die riesigen vertikalen Konzerne (Mitsui, Mitsubishi usw.) sich von ihnen abgewendet haben und ihre Interessen immer mehr in Zusammenarbeit mit dem Militär zu schützen versuchen; wenn auch nicht, ohne ihre Verbindungen mit der Bürokratie gegen allzu waghalsige finanzpolitische und strategische Pläne des Militärs einzusetzen. Die nationalsozialistischen und antikapitalistischen Gedankengänge des Militärs erscheinen den großen Wirtschaftsinteressen allerdings nicht so gefährlich, wie allzu ehrgeizige militärische Aktionspläne auf dem Kontinent es werden

könnten. Die viel propagierten kapitalfeindlichen Parolen des Militärs werden selbst von diesen Kreisen nur als ein Versuch betrachtet, der wachsenden Unzufriedenheit vor allem der landwirtschaftlichen und kleinbürgerlichen Massen ein gut überwachbares Sammelbecken beim Militär zu schaffen und auf diese Weise radikale Bewegungen anderer als patriotischer Natur zu verhindern. Die Großkonzerne und Banken machen immer wieder die Erfahrung, daß die einzelnen feindlichen Gruppen des Militärs einander bei den Geldmächten zu diskreditieren versuchen, indem sie die wirklichen sozialistischen Ziele hinter der Propaganda ihrer Gegner ernster darstellen, als sie es tatsächlich sind. Die Großkonzerne sind daher im allgemeinen keine grundsätzlichen Feinde eines militärischen Faschismus, und ihr Konkurrenzkampf richtet sich immer mehr auf die Beeinflussung von dessen Form und des Charakters ihrer Partnerschaft; ebenso wie der Konkurrenzkampf der streitenden militärischen Gruppen (der zuletzt in der Entlassung des «radikalen» Generalinspektors des Erziehungswesens M a s a k i durch den Führer des «konservativen» Flügels, G e n e r a l H a y a s h i, zum offenen Ausdruck kam) nicht zuletzt auf die Werbung der Unterstützung dieser oder jener Wirtschaftsmacht, wie dieses oder jenes Flügels der Bürokratie, gerichtet ist. Die weltanschaulichen Unterschiede innerhalb des Militärs in bezug auf das, was man im Westen Faschismus, in Japan Nipponismus nennt, sind tatsächlich verschwindend gering, wenn auch die Gegensätze persönlichen und gruppenmäßigen Ehrgeizes sie dem Fremden oft sehr groß erscheinen lassen.

Die politischen Parteien des Parlaments beschränken sich ebenfalls darauf, die Entwicklungen für sich auszunützen. Sie haben, soweit sie sich überhaupt in den letzten Jahrzehnten jemals ernstlich für konstitutionelle Ideale einsetzten, jeden grundsätzlichen Kampf für einen arbeitsfähigen Parlamentarismus aufgegeben. Die zahlenmäßige Größe der beiden Parlamentsparteien, Seiyukai und Minseito, die programmäßig kaum voneinander zu unterscheiden sind, beruht zu einem für westliche Begriffe kaum vorstellbaren Grad auf Stimmenkauf, und sie geben daher die Volksmeinung der Wählerschaft (seit einigen Jahren sämtlicher Männer über 21 Jahre) nicht im geringsten wieder. Ungewöhnliche Korruption hat jegliche Sympathie für sie innerhalb des Volkes allmählich vollkommen verschwinden lassen. Es ist typisch, daß die jetzige «Reinigung der Wahlmethoden» gelegentlich der nationalen Gemeindewahlen keine andere Wirkung hatte, als den Kauf-

preis der Stimmen zu drücken, mehr verführte Wähler in Arrest zu bringen und den Absentismus gewaltig zu erhöhen. Bei alledem ist es nicht überraschend, daß die Regierung, ungestraft durch irgendwelche gefährlichen Volksbewegungen, das Unterhaus entweder übergehen oder mit Drohungen willfährig machen kann, während das Oberhaus sich gewissermaßen politisch neutral verhält. Die Minseitō-Partei, die ein gutes Drittel der Parlamentssitze innehat, hat sich mehr oder weniger in den Schutz der Regierung begeben. Die Seiyūkai aber, die die absolute Mehrheit besitzt — andere Parteien stellen nur Splitter dar — steht in wirkungs- und würdeloser Opposition zur Regierung und bemüht sich neuerdings, die faschistische Konjunktur auszunutzen, indem sie sich beim Militär mit einer besonders heftigen Propaganda gegen die Minobe-Theorien, also gegen den verfassungsrechtlichen Vorkämpfer des Parlamentarismus, beliebt zu machen versuchte. Nirgends hat sich das Parlament so skrupellos sein eigenes Grab gegraben wie in Japan. Es hat sich selbst zu einer bloßen Kulisse herabgewürdigt, die vermutlich über alle Änderungen des Regierungssystems hinaus bestehen bleiben darf, da sie als solche eher nützlich als schädlich ist.

V.

Den Mächten, die Japan zu seiner eigenen Form des Faschismus, zum «Nipponismus» treiben, stehen heute keine starken liberalkonstitutionellen, demokratischen oder gar sozialistischen Kräfte mehr entgegen. All die weitverbreiteten Stimmungen dieser Art sind an der Schaffung von Ausdrucksmitteln verhindert. Die wachsende Unzufriedenheit der Volksmassen, verursacht durch die schwere Notlage der Landwirtschaft und des städtischen Kleinbürgertums, wird der Verwirklichung des heute noch nebelhaften Nipponismus eher helfen als im Wege stehen. Aber der Nipponismus wird diese Unzufriedenheit nicht mit innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Mitteln zu überwinden versuchen, sondern er wird sich bemühen, sie zu außenpolitischer Aktion auszunutzen, auf die allein er eingestellt ist, indem er die inneren Spannungen vermutlich vergrößern wird, anstatt sie zu lösen.

Der Nipponismus ist, noch mehr als der italienische Faschismus, der deutsche Nationalsozialismus und der russische Bolschewismus, im Grunde eine politische Religion. Auch er greift weit über Japan hin-

aus, und darum ist er von mehr als platonischem Interesse für die Umwelt. Der Philosoph des Nipponismus, Chikao Fujisawa, schreibt darüber in seinem Buch, «Japanese and Oriental Political Philosophy» folgendes:

«Um die sogenannte geistige Showa-Erneuerung zu verwirklichen, müssen wir der gegenwärtigen korrupten Parteipolitik sowie dem pedantischen Bürokratismus ein Ende setzen und ein für allemal die wirklich wohltätige Herrschaft des kaiserlichen Weges im Einklang mit der zeitgeheiligten Tradition errichten. Wir dürfen jedoch hier nicht haltmachen, sondern, dem Gedankengang orientalischer Philosophie «Vom Nahen und Fernen» folgend, müssen wir uns bereitmachen zur Welt-Friedensbewegung beizutragen... (Der Kaiser, als der «Weise König» der Überlieferung, erachtet es als) ... «seine heilige Pflicht, nicht nur das Volk seines eigenen Landes zu lieben und zu beschützen, sondern auch alle fremden Völker, die unter Mißherrschaft und Nöten leiden. Es muß daran erinnert werden, daß der «Weise König» in Person für die Befriedigung des gesamten Landes unter dem Himmel verantwortlich ist. Dementsprechend sollte sein moralischer und politischer Einfluß sich über alle Längen und Breiten der Welt stark fühlbar machen. Sollten irgendwelche ungesetzlichen Elemente es wagen, auf die eine oder andere Weise den edlen Bemühungen des Weisen Königs entgegenzutreten, so wäre er berechtigt, Gewalt anzuwenden... In der Tat ist Japan heute das einzige Pionierland der Welt, dessen einzigartiges Regierungssystem fähig ist, den demokratischen Ländern Europas, die von innerem Zusammenbruch bedroht sind, eine neue Orientierung zu geben».

Die junge Tenrikyo-Shinto-Sekte, die sich die Weltmission zur Aufgabe macht, und die nach beispiellosem Aufstieg heute bereits 8 Millionen Anhänger in Japan zählt, hat in ihren «Heiligen Schriften» folgende «Psalmen»:

«Wenn Japan Macht verliehen sein wird durch den Heiligen Glauben,
Wird es andere Völker befrieden, wie es ihm gefällt»,
«Bisher hieß es: ‚Japan und die fremden Länder’,
Aber in Zukunft soll nichts sein als Japan».

Wie sogar das Christentum in Japan durch den Nipponismus beeinflusst wird, geht schließlich aus folgenden Sätzen hervor, die der Broschüre des Bischofs J u j i N a k a d a der «Japan Holiness Church» in Tokyo, «An Unknown Nation» (1933), entnommen sind:

Ich weiß, daß viele Leute sehr viel vom Völkerbund halten, aber ich glaube, er ist der Vorläufer des Antichrist... Die ganze Welt wird fürchterliche Erschütterungen und unermeßliche Leiden im Zeitalter der Drangsal erleben, aber die meistbetroffenen werden die Juden sein... Nach den Worten der Bibel wird einer mächtigen Nation die Pflicht zuteil werden, die Juden zu erlösen und zu sammeln, und sie wird es sein, die den wirklichen Charakter des Antichrist entlarven wird. Ich glaube, daß die «unbekannte Nation», auf die die Hand der Bibel in Jesaja

55, 5 weist, keine andere ist, als die unserer Yamato-Rasse (Japan). Einige Leute propagieren, daß es die einzige Absicht der Japaner sei, gegen die übrige Welt zu kämpfen, aber sie müssen diese Frage noch näher betrachten. Selbstverständlich, es ist möglich, daß wir kämpfen werden, und sehr wahrscheinlich werden wir es tun. Wir, die wir an das wirkliche Evangelium glauben, sind keine Kriegsgegner wie gewisse oberflächliche Christen. ... Ein großer Weltkrieg wird ausbrechen in der Zeit der Drangsal, und dann wird es sein, daß Japan die göttliche Genehmigung gegeben werden wird, die weißen Völker zu unterdrücken und die Juden in ihr Heimatland Palästina zurückzuführen ... diese große Mission, die in der Bibel für Japan vorbestimmt wurde ...»

Der Westen, der soviel dazu beitrug, Japan aus seinem feudalen Schlaf aufzuwecken, ist moralisch mitverantwortlich für die heutige Entwicklung des Landes und seiner Ideen. Ohne das Beispiel westlicher nationalistischer Überheblichkeit im Fernen Osten, ohne das Beispiel westlicher Uneinigkeit in Europa, ohne das Beispiel des westlichen krassen Materialismus und der Rückentwicklung der Demokratie in Europa hätte in diesem Lande das Zeitalter der großen Meiji-Restauration nicht so problematisch enden können, wie es heute der Fall zu sein scheint.